Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1962

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Europa-Paß und Sichtvermerkzwang.

Der Bundestag wolle beschließen:

a) Die Bundesregierung wird beauftragt:

1. mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Schaffung eines Europapasses zu fördern;
2. allen demokratischen Regierungen Europas das Angebot zu machen, den Sichtvermerkzwang im gegenseitigen Reiseverkehr abzuschaffen;
3. unter Berufung auf die Empfehlung des Rates der OEEC vom 3. April 1950 C (50) 75 betreffend Abschaffung der Sichtvermerke im Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten den Rat zu einer erneuten Empfehlung an die Mitgliedstaaten zu veranlassen, das deutsche Angebot im Sinne der Ziffer 2 anzunehmen;
4. denjenigen dieser Regierungen, die zu einer allgemeinen Abschaffung des Sichtvermerkes noch nicht bereit wären, dessen sofortige Abschaffung für Jugendliche bis zu 25 Jahren vorzuschlagen;
5. Untersuchungen darüber anzustellen, ob in einzelnen Fällen die Abschaffung des Sichtvermerkes zumindest für Jugendliche auch ohne Gegenseitigkeit tunlich erscheint;
6. dem Bundestag über den Stand der Angelegenheit laufend zu berichten.

b) Die Deutsche Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarates wird beauftragt, in der Versammlung einen Entschließungsentwurf einzubringen, der alle Mitglieder der Versammlung verpflichten soll, das deutsche Angebot im Sinne der Ziffer 2 in ihren Heimatparlamenten zu unterstützen.

Bonn, den 20. Februar 1951

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30